

DZ-WOCHENKOMMENTAR

Wenn Aggressionen die Diskussionen prägen

Von Margot Sylvia Ruf

Viel Emotion spielt derzeit wieder in den Auseinandersetzungen um die B 16 neu in Höchstädt eine Rolle. Nachdem sich die Szenerie nach dem erfolgten Bürgerbegehren einigermaßen beruhigt hatte, schlagen nun die Wogen wieder hoch. Deisenhofener wollen plötzlich keine Höchstädter mehr sein, wenn es um ihre handfesten Interessen geht. Schade eigentlich, wenn sich Jahrzehnte nach der Gemeindereform immer wieder herausstellt, dass sich Integration von Stadtteilen da und dort nicht vollzogen hat. Freilich gibt es keine Zweifel darüber, dass die Bürger von Deisenhofen nach denen der Kernstadt, die seit langer Zeit vom Straßenverkehr gequält werden, die nächsten sind, auf die Belastungen zukommen. Deswegen ist es auch ihr gutes Recht, Verbesserungen der derzeitigen Trassenführung erkämpfen zu wollen. Doch das geht nur im Dialog mit den Planern und mit Hilfe ihrer Kommunal- und Landespolitiker. Es hilft rein gar nichts, sich zu verweigern und sich nur auf den reinen Protest zurückzuziehen. Wer etwas erreichen will, muss argumentieren können und sich einbringen in die Auseinandersetzung um das Problem der B 16 neu.

Ganz aus dem Obligo werden die Deisenhofener nicht kommen. Die Entscheidung über die Trassenführung im Norden ist gefallen. Die Bürger des Stadtteils waren zwar zu 90 Prozent zur Abstimmung beim Bürgerbegehren gegangen, um sich gegen die Nordvariante zu äußern, doch ansonsten hat es halt in Höchstädt zu einem anderen Ergebnis nicht gereicht.

Nun sind offensichtlich neue Gräben aufgerissen, und die Stimmung in der Stadt ist schlecht. Daran muss sich wieder etwas ändern und nicht nur, weil Weihnachten bevorsteht. Es kann auch nicht geduldet werden, dass bei einer Stadtratssitzung einzelne Stadträte durch Zwischenrufe der Besucher beleidigt werden. Es ist davon auszugehen, dass jeder Mandatsträger nach seiner eigenen Überzeugung handelt und auch so abstimmt. Das müssen selbst solche Bürger tolerieren und respektieren, die von jedem Stadtrat erwar-

müssen selbst solche Bürger tolerieren und respektieren, die von jedem Stadtrat erwarten, dass er die eigene persönliche Meinung teilt. Jeder, der ein öffentliches Amt bekleidet, ist eben nicht nur seinen Wählern sondern auch dem eigenen Gewissen verpflichtet.